Deutscher Bundestag **Drucksache 21/9207**

21. Wahlperiode 12.11.2026

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Stefan Keuter, Tobias Teich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/8902 –

Diesel-Abkommen für Deutschland – Energiesicherheit nach US-Vorbild in Kooperation mit Russland gewährleisten

A. Problem

Die den Antrag einbringende Fraktion schickt ihrem Antrag voraus, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die gegenseitigen Angriffe auf die Energieinfrastruktur sowie der Iran-Krieg die Treibstoffkosten weltweit stark ansteigen ließen. Aufgrund der deutschen Energiesteuern hätten sich Benzin und Diesel in Deutschland besonders massiv verteuert. Die Dieselpreise seien ein wichtiger Inflationstreiber, z. B. für Lebensmittelpreise. Die USA hätten daher mit Russland einen Diesel-Deal vereinbart, damit Russland auf dem Weltmarkt Diesel bereitstelle. Die Bundesregierung halte dagegen an den EU-Russland-Sanktionen fest.

Die antragsstellende Fraktion möchte die Bundesregierung daher unter anderem auffordern, auf EU-Ebene für eine schnellstmögliche Aufhebung aller Sanktionen gegen russische Energielieferungen und der Einfuhrzölle auf Düngemittel einzutreten, nach Vorbild der USA mit Russland ein Übereinkommen über die Lieferung von Diesel für Deutschland zu erzielen sowie auf ein Abkommen zwischen der Ukraine und Russland hinsichtlich des Schutzes von Getreideexporten zu drängen und darüber dem Bundestag zu berichten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 21/8902 abzulehnen.

Berlin, den 11. November 2026

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Christian Frhr. von Stetten
Vorsitzender

Sebastian Roloff
Berichterstatter

Michael Kellner
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Sebastian Roloff und Michael Kellner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 21/8902** wurde in der 105. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. November 2026 in erster Lesung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag einbringende Fraktion schickt ihrem Antrag voraus, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die gegenseitigen Angriffe auf die Energieinfrastruktur sowie der Iran-Krieg die Treibstoffkosten weltweit stark ansteigen ließen. Aufgrund der deutschen Energiesteuern hätten sich Benzin und Diesel in Deutschland besonders massiv verteuert. Die Dieselpreise seien ein wichtiger Inflationstreiber, z. B. für Lebensmittelpreise. Die USA hätten daher mit Russland einen Diesel-Deal vereinbart, damit Russland auf dem Weltmarkt Diesel bereitstelle. Die Bundesregierung halte dagegen an den EU-Russland-Sanktionen fest.

Die antragsstellende Fraktion möchte die Bundesregierung daher unter anderem auffordern, auf EU-Ebene für eine schnellstmögliche Aufhebung aller Sanktionen gegen russische Energielieferungen und der Einfuhrzölle auf Düngemittel einzutreten, nach Vorbild der USA mit Russland ein Übereinkommen über die Lieferung von Diesel für Deutschland zu erzielen sowie auf ein Abkommen zwischen der Ukraine und Russland hinsichtlich des Schutzes von Getreideexporten zu drängen und darüber dem Bundestag zu berichten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/8902 in seiner 34. Sitzung am 11. November 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/8902 in seiner 52. Sitzung am 11. November 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 21/8902 in seiner 38. Sitzung am 11. November 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 21/8902 in seiner 29. Sitzung am 11. November 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 21/8902 in seiner 59. Sitzung am 11. November 2026 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/8902 zu empfehlen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 11. November 2026

Sebastian Roloff
Berichterstatter

Michael Kellner
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.